



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	06.10.2022	öffentlich	Bericht

**Betreff:**

**Abschlussbericht Interkulturelle Öffnung in Kommunen (IKÖK)**

**Anlagen:**

IKÖK\_Abschlussbericht  
IKÖK\_Handlungsempfehlungen

**Sachverhalt (kurz):**

Von November 2020 bis Juni 2022 führte das Bildungsbüro in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e.V. das Projekt „Interkulturelle Öffnung in Kommunen“ (IKÖK) durch. Im Rahmen dessen wurden die aktuellen interkulturellen Öffnungsmaßnahmen der Nürnberger Verwaltung in einem partizipativen Prozess evaluiert und bedarfsorientierte Handlungsempfehlungen entwickelt. Die aus dem Projekt entstandenen Empfehlungen finden sich in der Handreichung „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung gemeinsam weiterdenken“ im Anhang. Das Projekt wurde gefördert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union, administriert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€

**Folgekosten**

€ pro Jahr

dauerhaft  nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)  
 Ja  
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans  
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von                   Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)  
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Ziel ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Abbau von Integrationshemmnissen und Barrieren.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)  
 **Koordinierungsgruppe Integration**  
 **Rat für Integration und Zuwanderung**  
 **Personalamt**

